

KURZPOSITION

Kurzstudie: Direkte und indirekte Effekte protektionistischer US-Importzölle auf die deutsche Aluminiumindustrie

Die vom US-Präsidenten Trump angekündigten Zölle auf Aluminiumimporte erzeugen negative Effekte für die deutsche Aluminiumindustrie. 2019 könnte der Aluminiumexport von Deutschland in die USA um 20 Prozent zurückgehen. Noch drastischer wirken die umgeleiteten Importe aus China und Russland auf Deutschland. Alleine aus China können im Jahr 2019 circa 110.000 Tonnen an Exporten in die USA wegbrechen. Ein Drittel der Mengen könnte auf den europäischen Markt umgeleitet werden. Letztlich hat die Einführung eines 10-prozentigen Zollsatzes eine Auswirkung auf die gesamte Wertschöpfungskette. Die Kosten für US-Produkte, die Aluminium beinhalten, könnten um 10 Prozent steigen.

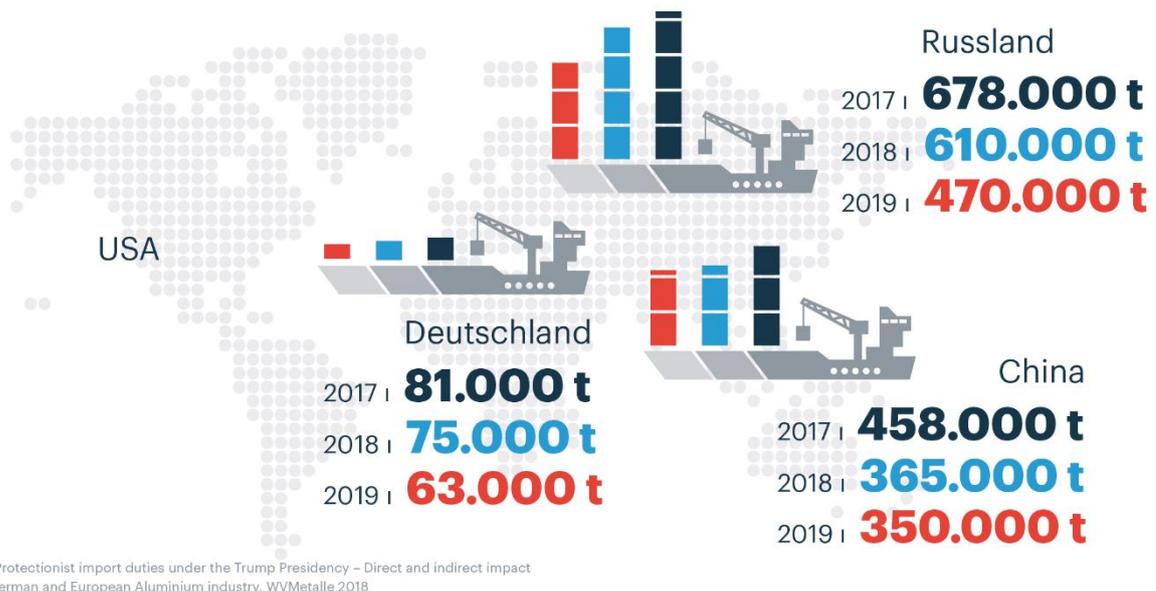
1. Was wurde untersucht?

Prof. Dr. Taube (Mercator School of Management, Universität Duisburg-Essen) hat die wirtschaftlichen Implikationen des von Präsident Trump veranlassten **10-prozentigen Importzollsatzes** für Aluminiumimporte auf die **deutsche Aluminiumindustrie** untersucht. Es wurden die Handelsströme der vergangenen Jahre analysiert, die US-Kapazitäten in der Aluminiumproduktion im Verhältnis zu Im- und Exporten bewertet, historische Daten im Zuge von Zollschranken aufbereitet, die Stärken und Elastizitäten der bestehenden Kundenbeziehungen evaluiert und Experteninterviews durchgeführt. Mithilfe der Analyse können Ableitungen auf die Warenströme gezogen und politische Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden.

2. Welche direkten Effekte hätte ein 10-prozentiger Importzollsatz auf die deutschen Exporte?

Zwischen Deutschland und den USA besteht eine grundsätzlich intakte und gesunde **intra-industrielle Handelsstruktur** für Aluminiumprodukte. Die Wertschöpfungsketten sind miteinander stark verbunden. Diese gut funktionierende Struktur und wirtschaftliche Verflechtung würde unter Importzöllen stark leiden (S. 21). Für die direkte Exporttätigkeit aus Deutschland wird gegenüber dem Referenzwert von 2017 ein zollinduzierter Rückgang um durchschnittlich **6,7 Prozent (2018)** und **20 Prozent (2019)** respektive ca. **6.000 Tonnen** und ca. **18.000 Tonnen** erwartet. Zum Vergleich: im Jahr 2017 wurden **81.000 Tonnen** von Deutschland in die USA exportiert. Aufgrund von Trägheitseffekten und der Notwendigkeit, in den USA neue Kapazitäten hochzufahren, um die zollinduzierte erhöhte Nachfrage nach inländischem Aluminium zu bedienen, werden die negativen Handelseffekte für Deutschland und Europa erst im 4. Quartal 2018 voll durchschlagen (S. 5).

EXPORT-RÜCKGÄNGE IN DIE USA



3. Welche indirekten Effekte hätte ein 10-prozentiger Importzollsatz auf die deutschen Exporte?

Die Kurzstudie geht davon aus, dass der europäische Aluminiummarkt unter Druck gerät und mehr **Waren aus Drittstaaten** auf den deutschen bzw. europäischen Markt **umgelenkt** werden. Prof. Dr. Taube quantifiziert, dass die chinesischen Exporte in die USA 2018 und 2019 um jeweils 20 Prozent und 25 Prozent bzw. **95.000 Tonnen** und **110.000 Tonnen einbrechen** werden. Ungefähr ein Drittel dieser Mengen könnte nach Europa umgelenkt werden und somit auch den deutschen Markt massiv tangieren (S. 28).

Die russischen Exporte in die USA werden 2018 und 2019 um 10 Prozent, respektive 30 Prozent zurückgehen. Aufgrund enger bestehender Kundenbeziehungen könnte bis zu ein Drittel der freigewordenen Mengen auf dem europäischen Markt landen. Dies entspräche **25.000 Tonnen** in 2018 und **70.000 Tonnen** im Jahr 2019 (S. 28).

Exporte aus den Golfstaaten in die USA werden erwartungsgemäß um 10 Prozent im Jahr 2018 und 30 Prozent im Jahr 2019 zurückgehen, wovon aufgrund relativ schwach entwickelter Handelsbeziehungen im Aluminiumbereich nur etwa 10 - 15 Prozent, also **10.000 Tonnen** in 2018 und **30.000 Tonnen** im Jahr 2019 auf den europäischen Markt umgelenkt werden könnten (S. 28).

Übersicht: Exporte und Umleitungseffekte in Tonnen

	Export USA 2018	Exportverlust USA 2018	Exportumleitung EU 2018	Export USA 2019	Exportverlust USA 2019	Exportumleitung EU 2019
China	365 000	95 000	30 000	350,000	110 000	30 000
Russland	610 000	70 000	25 000	470,000	210 000	70 000
Golfstaaten	855 000	93 000	10 000	665,000	283 000	30 000

4. Weitere Auswirkungen

Die Einführung eines 10-prozentigen Zollsatzes hätte Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette. Die Kosten für Produkte, die Aluminium beinhalten, könnten sich um bis zu **10 Prozent** für die **US-Konsumenten erhöhen**. Aufgrund der Tatsache, dass die USA ein großer Importeur von Aluminium sind, wird der weltweite Markt von dieser Maßnahme betroffen sein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass mit einem sinkenden Preis für Aluminium zu rechnen ist, was die Profitabilität auch der deutschen Aluminiumunternehmen beeinflusst. Der US-Marktanteil von **Australien, Kanada und Mexiko** könnte aufgrund der Ausnahmeregelungen steigen. Die Nachfrage würde größtenteils von drei Staaten stimuliert. Prof. Dr. Taube hält dieses Szenario für wahrscheinlich, da die USA vor allem **hochgradiges Aluminium** benötigt, welches ein hohes Investment voraussetzt. Die US-Investoren sind nicht bereit, diese Investitionen unter der unsicheren politischen Lage zu tätigen. Deswegen werden sich die notwendigen Kapazitäten nicht ohne Weiteres realisieren lassen (S. 19).

5. Welche Handlungsempfehlungen werden abgeleitet

Die Studie empfiehlt, dass **Kompensationszölle** nur als **symbolischer Akt** und nicht als Schutz zu verstehen sind. Insbesondere, da sich die EU-Liste nicht nur auf Luxusgüter, sondern auch auf **Aluminiumprodukte** bezieht. Bedeutend wichtiger ist, dass die EU in der Lage sein muss, sich gegen **Umleitungsimporte** zu **schützen**. Um sich vor marktverzerrten Importen aus diversen Staaten wie China schützen zu können, sollte eine Quote eingeführt werden, deren Wert sich aus den Importen der letzten 3 – 5 Jahre zusammensetzt. Letztlich muss eine Lösung gefunden werden, die nicht nur WTO-konform ist, sondern auch die **WTO als multilaterale Institution** stärkt.

FORDERUNGEN ZUM THEMA SEKTION 232

- 1. Keine Restriktionen auf den Import von NE-Metallen aus Europa bzw. EU-Sonderregeln.** Deutschland sollte als einer der wichtigsten Handelspartner der USA auf der diplomatischen Ebene versuchen, ein Inkrafttreten der Importbeschränkungen zu verhindern. Ausnahmen bzw. Sonderregeln für Europa könnten zumindest die direkten Effekte vermeiden.
- 2. Handelsströme müssen sofort untersucht werden.** Die Europäische Kommission sollte die Handelsströme bei Aluminium sofort messen, um die aktuelle Situation besser einschätzen zu können und in der Lage zu sein, schnellstmöglich zu reagieren. Sollten marktrelevante Mengen auf den europäischen Markt drängen, fordern wir die Einführung von Handelsschutzmaßnahmen für den EU-Binnenmarkt. Island, Norwegen und die Schweiz sollten von den Handelsschutzmaßnahmen ausgenommen werden, um die Versorgung mit Primäraluminium sicherzustellen.
- 3. EU muss sich für fairen Handel und gegen Marktverzerrungen einsetzen.** Die EU muss langfristig denken und sich für einen regelbasierten Freihandel einsetzen. Dazu gehört auch, dass Marktverzerrungen, die sich bspw. in staatlich geschaffenen Überkapazitäten widerspiegeln, langfristig abgebaut werden. Somit kann ein level playing field am internationalen Aluminiummarkt sichergestellt werden. Auch sollte die WTO als multilaterale Institution gestärkt werden.

Berlin, den 20. März 2018

Kontakt:

Sebastian Schiweck
Handels- und Rohstoffpolitik
Telefon: 030 / 72 62 07 – 107
E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin